

# Bergarbeiter-Zeitung

## Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Der Abonnementspreis beträgt monatlich 4 Mark, vierteljährlich 12 Mark; durch die Post bezogen monatlich 5 Mark, vierteljährlich 15 Mark. — Fest- und Geschäftsanzeigen jeder Art werden nicht angenommen.

### Unser Verband im Jahre 1921.

Aus nichts wird nichts, das merke wohl, Wenn aus dir was werden soll.  
Der in Nr. 20 der „Bergarb.-Ztg.“ veröffentlichte Kassenbericht für das Jahr 1921 weist einen Vermögensbestand von 84 702 188,33 Mk. am Jahresabschluss auf. Er zeigt, daß der Verband trotz aller Stürme des Jahres 1921 seine Machtposition in der Bergarbeiterbewegung behalten hat.

Die Mitgliederzahl des Verbandes betrug in den Jahren

1889	15 987	1910	128 497
1895	5 000	1915	46 371
1900	36 410	1920	467 239
1905	105 060	1921	447 401

Wer von unseren Mitgliedern die Geschichte unseres Verbandes kennt, der weiß, wie mühsam von Jahr zu Jahr Stein um Stein bis zu seiner heutigen Größe zusammengetragen werden mußte. Die Anfeindungen, denen der Verband alle Zeit ausgesetzt ist, bewirken, daß der Mitgliederbestand ständigen Schwankungen unterworfen bleibt.

Die Mitgliederzahlen der einzelnen Jahre zeigen treffend, wie schwer es dem Verband gemacht wurde, sich in immerwährenden Kämpfen zu seiner heutigen Größe durchzurängen, um heute als der größte Machtfaktor der deutschen Bergarbeiter gelten zu können.

Wenn die Bewegung in den letzten Jahren und auch 1921 nicht noch weiter vorangetragen werden konnte, dann durch die Schuld eines großen Teiles von Bergarbeitern, denen bis heute das Verständnis für die Notwendigkeit einer strengen Organisation fehlt, die lieber den Wharfedalesern huldigen, weil sie dadurch die Beiträge sparen.

Wir wissen, daß es dem Verbands auch im Jahre 1921 nicht gelungen ist, das gesteckte Ziel in allen Fragen zu erreichen. Doch daran sind jene schuld, die, anstatt sich der Organisation anzuschließen, um damit die Macht der Arbeiter zu vergrößern, feindselig stehen, gegen den Verband kämpfen, aber, ohne sich zu schämen, die von der Organisation schon erreichten Erfolge auch für sich in Anspruch nehmen.

Wie die finanzielle Entwicklung des Verbandes im Jahre 1921 gegenüber den anderen Jahren war, erhellt man aus folgender Aufstellung. Es betragen (in Mark):

Jahr	Ges.-Einnahme	davon: Beiträge	Eintrittsgeld	Zinsen	Gesamte Einnahme
1889	11 707,—	11 707,—	—	—	—
1895	12 294,—	12 294,—	—	—	—
1900	215 139,28	162 387,—	2 598,16	—	50 209,07
1905	1 498 057,69	1 189 588,89	35 002,40	—	268 469,46
1910	3 107 926,79	2 122 877,66	18 606,70	186 150,61	829 688,82
1915	1 174 373,58	985 317,65	3 268,80	194 884,09	50 907,99
1920	37 062 447,79	38 237 342,10	180 122,40	745 706,21	2 899 278,08
1921	68 220 201,51	63 036 862,—	167 226,50	1 394 128,76	3 681 989,25

Die Ausgaben für Unterhaltungen in denselben Jahren sind aus folgender Aufstellung ersichtlich (in Mark):

Jahr	Ges.-Unterhaltung	davon für Streit	Arzte	Arbeitslose
1889	—	—	—	—
1895	—	—	—	—
1900	16 291,—	16 291,—	—	—
1905	189 485,54	60 000,—	50 882,—	3 815,80
1910	617 191,78	99 814,20	306 799,55	30 717,44
1915	240 646,35	—	174 984,80	5 290,43
1920	5 213 426,73	2 651 149,99	2 151 095,47	148 957,77
1921	13 743 393,88	6 708 427,64	3 780 324,10	3 692 990,67

Der Einnahmeposten wird keine Freude auslösen bei denen, die mit vielen Phrasen, jedoch mit leeren Köpfen dastehen, und das auf Grund ihrer Beitragspolitik, der sie mit der Ablicht, Mitgliederfang zu treiben, huldigten. Diese tragen die Verantwortung dafür, daß das Unternehmertum immer reaktionärer auftritt.

Die Ausgaben für Streik-, Arbeitslosen- und Gemahregelunterstützung zeigen in den letzten Jahren wieder eine Aufwärtsbewegung und damit eine Zunahme von Kämpfen, die sich bei der Durchdringung von Lohnforderungen und Anerkennung der Tarife ergeben. Dadurch werden die Einwürfe der Beitragsdrückberger und unserer „Gönner“ von der Union, die im letzten Jahr besonders viel mit der Behauptung krebten, daß der Verband doch nicht mehr streikt, weil er dazu kein Geld habe, klar widerlegt.

Außer der Beitragsannahme der Zentrale von 63 Millionen Mark wurden in den Bezirken noch ungefähr 27 Millionen Mark an Lokalbeiträgen usw. vereinnahmt, wovon ebenfalls noch, unabhängig von der Hauptkasse ungefähr 3 Millionen Mark zu Unterstützungszwecken ausgegeben wurden. Die Gesamtausgabe für Unterhaltungen im Jahre 1921 beträgt 15 451 042,67 Mk.

Die ganze Bewegung des Jahres 1921 zeigt, wenn auch kein ganz befriedigendes Bild, so doch, daß der Verband an Schlagkraft nichts eingebüßt, sondern gewonnen hat. Auf diesem Wege muß es nun mit erneuter Kraft weiter gehen.

Doch viele sind der Aufgaben, die wir noch in Gegenwart und Zukunft zu erfüllen haben. Wir wollen und müssen sie lösen. Die gesamte Mitgliedschaft unseres Verbandes muß im Geiste unserer alten Streiter sich mit demselben Feuerifer der Bewegung annehmen, wie diese früher. Deshalb vorwärts, immer vorwärts bis zu der Zeit, wo es kein Bergarbeiter mehr magt, unorganisiert zur Arbeitsstelle zu kommen.

Wer rastet, der rostet! Also: unablässig an die Organisationsarbeit, einer besseren Zukunft entgegen!

### Bergwerksdebatte im preuß. Landtag.

Am 15., 16. und 18. Mai fand im preussischen Landtag der Gausch der Bergverwaltung zur Beratung. Neben den Anträgen des Haushaltsausschusses wurden noch eine Reihe weiterer Anträge von den Parteien gestellt. Der wichtigste ist zweifelsohne der schon aus den Beratungen des Haushaltsausschusses bekannte Antrag auf Umstellung der staatlichen Bergwerke.

Nach dem Ausschussbericht durch den Abgeordneten Limberg leitete der Handelsminister Siering die Beratungen mit einer Rede über die Kohlenwirtschaft ein. Die Weltkohlenproduktion sei im verflochtenen Jahre um 150 Millionen Tonnen zurückgegangen, während Deutschland eine Steigerung der Förderung gegen das Vorjahr erzielt hat.

Das Grubenwachstumsamt hat am 1. März seine Arbeit aufgenommen. Im Hauptauschuss hat der Abgeordnete Sue, dessen Lob ein herber Verlust für uns ist, sich gegen Gewinn gewandt, die Stinnes bei der Lieferung von Reparationskosten erzielt haben soll. Von solchen Reparationsgewinnen, an denen der Staat keinen Anteil hat, kann keine Rede sein.

Kamerad Osterroth sprach als erster Bergarbeitervertreter. Es ist ein Unglück, einen Etat vorzuliegen, der mit einem Kohlenpreis rechnet, welcher nur ein Drittel des heutigen Kohlenpreises beträgt. Die Bindung der Betriebsverwaltungen der staatlichen Bergwerke und des bürokratischen Systems wirken lähmend. Eine Umstellung mit dem Ziele größerer kaufmännischer Beweglichkeit ist nötig.

zungen, aber das ändert an den unhaltbaren Zuständen nichts. Den Bergarbeitern kann man es nicht verdenken, wenn sie bei der anwachsenden Löhnerforderungen stellen trotz der Kohlensteuer. Die preussische Regierung muß sich bei der Reichsregierung mit allem Nachdruck für eine Herabsetzung der Kohlensteuer einsetzen.

Die Rechtsprechung der Bergwerbergerichte kann so nicht weitergehen. Wir müssen zu einer Einheitslichkeit der gewerblichen Rechtsprechung im Bergbau kommen, wie wir sie in einem Antrage fordern. Bei den ordentlichen Gerichten müssen besondere Arbeitsrechtsabteilungen eingerichtet werden. Oberes müssen bei den Oberbergämtern gewerberechtliche Abteilungen geschaffen werden, die mit Juristen zu besetzen wären.

Kamerad Otter wünscht die bestmögliche Umgestaltung der Staatswerke. Zu dieser und der Befestigung bürokratischer Widerstände schert er dem Minister die Unterstützung seines Partei zu. Der Durchschnittslohn der Bergarbeiter habe nur 69,03 Mk. betragen und war in Anbetracht der Mielergebnisse der Unternehmer viel zu niedrig.

Das Unternehmertum wendet sich gegen die Betriebsräte und versucht mit allen Mitteln, sie zu beseitigen. Des ferneren begründet Kamerad Otter einen Antrag auf Vorlegung eines Gesetzesentwurfes, wonach der preussische Staat ein Anrecht auf ein Viertel sämtlicher im Privatbesitz befindlichen Grube und Aktien erwirbt, sowie einen Antrag, wonach die Betriebsräte auf den Staatsgruben beim An- und Verkauf von Materialien mitzuwirken haben.

Gegen den Abg. Dr. Winterneil, welcher eine reaktionäre Rede vorgetragen hat gegen die Bergarbeiter gehalten hat, wendet sich Kamerad Otter folgendermaßen: Herr Dr. Winterneil hat gestern gesagt, es soll an die Ueberarbeit im Bergbau gedacht werden. Dazu möchte ich folgendes sagen: Zu der Herr Kollege Winterneil und sind die Herren Abgeordneten, die sich anbauend für das Wohl des Vaterlandes und für die erhöhte Kohlenproduktion einsetzen, bereit, mit mir in den Landtagsferien im Steinkohlenbergwerk zu arbeiten?

Jahre selbst von den Deutschnationalen zugegeben wird, daß die Bergarbeiter wieder die Friedensleistung von 1913 erreicht haben. Dennoch ist neuerdings die alte Forderung wieder aufgelegt, daß die Bergarbeiter faul seien. Dadurch wird neue harte Erbitterung erzeugt. Gälte man alle Wünsche der Bergarbeiter erfüllt, dann hätten sie noch größeren Output gezeigt und hätten auch die Ueberlastungen auf sich genommen.

Die Bindung der Betriebsverwaltungen der staatlichen Bergwerke und des bürokratischen Systems wirken lähmend. Eine Umstellung mit dem Ziele größerer kaufmännischer Beweglichkeit ist nötig. Wir müssen uns die Erfahrungen der Privatindustrie nutzbar machen. Schon der kommende Etat wird hoffentlich die Trennung der Betriebsverwaltung und der Sozietätsverwaltung bringen.

Die Bindung der Betriebsverwaltungen der staatlichen Bergwerke und des bürokratischen Systems wirken lähmend. Eine Umstellung mit dem Ziele größerer kaufmännischer Beweglichkeit ist nötig. Wir müssen uns die Erfahrungen der Privatindustrie nutzbar machen. Schon der kommende Etat wird hoffentlich die Trennung der Betriebsverwaltung und der Sozietätsverwaltung bringen.

berer Vorgängen führten, mit der Masse und auch mit den Verhandlungen, die über diese Frage mit den Unternehmern geführt worden sind, etwas näher beschäffte. Er redete auf der einen Seite der Arbeitsgemeinschaft das Wort und auf der anderen Seite werden diejenigen, die in dieser Arbeitsgemeinschaft mitarbeiten wollen — dazu gehören auch die Betriebsräte — in einer Art und Weise herangezogen, daß man wirklich keinen parlamentarischen Ausdruck findet, um das richtig zu bezeichnen. (Beif. Zustimmung.) Ich bin der Meinung, daß nicht nur die Bergarbeiter auf das Allgemeinwohl Rücksicht nehmen, sondern daß das alle Volksteile tun sollen. Ich stelle die Erwartung auf, daß man sie jeden Augenblick beweisen, daß von allen Volksteilen, die für unsere Volkswirtschaft in Frage kommen, die Bergarbeiter die meiste Rücksicht auf die Allgemeinheit genommen haben.

Herr Winterneil hat gesagt, die meisten Betriebsräte taugten nichts. Es ist von den Schnaps-, Handels- und Spezialeiten geredet worden. Dann möchte ich fragen: Wer hat denn die einzelnen Betriebsräte dahin gebracht, daß sie diesen Handel angefangen haben? Das werden doch die Gewerkschaften, um sie von ihrer eigentlichen Aufgabe abzuhalten. Nachdem die Organisationen eingegriffen haben und die Betriebsräte auf die wirklichen Aufgaben durch Kurse und alles Mögliche hingewiesen werden, jetzt, wo die Betriebsräte auch selbst eingreifen und im Interesse der Belegschaft eingreifen müssen, da geht die Schließung und Verfolgung der Betriebsräte los. Herr Kollege Winterneil hat dann gesagt, daß der Streik und die Vorkommnisse im Ruhrgebiet mit Übergriffen gegenüber den Betriebsräten, mit Verletzung der Rechte der Betriebsräte nichts zu tun hätten. Herr Kollege Winterneil: würden Sie mitten im Ruhrgebiet zwischen Betriebsräten zu arbeiten haben, würden Sie an den Konferenzen, Besprechungen usw. teilnehmen, würden Sie das Material, die Behandlung der Betriebsräte auf den Seiten, die Schiedsrichter der Schlichtungsausschüsse, die Entscheidungen der Reichsbeamten und Berggewerkschaften — würden Sie das alles kennen, dann, will ich zu Ihrer Ehre annehmen, würden Sie so etwas gar nicht gesagt haben. Denn so kann man ja nicht urteilen, daß nur auf der einen Seite alle Schuld und auf der anderen Seite alles ebel und böses ist. Wir wissen ganz genau, daß Übergriffe auch von den Betriebsräten vorkommen. Wir wissen ganz genau, daß sie nicht alle gesetzlichen Vorschriften, Verordnungen usw. kennen. Sie werden von der Belegschaft usw. gedrängt, sollen dieses und jenes tun, und da kommen sehr leicht Übergriffe vor, die aber in den meisten Fällen entschuldbar sind.

Es ist hier in der Debatte auf die leider bedauerlichen Vorkommnisse auf der Zeche Grillo (Bergkamen), auf Hermann (Salm-Bork) und im Raderer Revier hingewiesen worden. Wir würden diese Übergriffe nicht, wenn da Gewalt angewendet wird, wenn es zu Schlägen zwischen den Arbeitern usw. kommt. Wir müssen aber untersuchen, woher das kommt, und da müssen wir fragen: Wenn die Behandlung der Arbeiter von den Unternehmern anders gewesen wäre, dann würden die Vorkommnisse nicht eingetreten sein. Dann laufen die von Arbeitern wollen den 1. Mai feiern und haben sich seit Jahren den Tag genommen. Nun wird gesagt, dieser Tag wird auf den Urlaub angerechnet und wird behandelt wie jeder beliebige Samstag. (Zurück des Abg. Winterneil: Sie mußten sich entschuldigen!) — Entschuldigungen wurden nicht angenommen. Ich habe hier einen Vorschlag, der zum Teil den Inhalt hat, wie das Rundschreiben des Zechenverbandes. Es heißt da: „Ineinstufige Feiertage von der Arbeit geht die tatsächlichen Folgen nach sich (Anrechnung auf den Urlaub usw.). Eine Verabbarung findet nur im Falle begründeter persönlicher Angelegenheit statt.“ (Beif. Zustimmung.) — Ich bemerke nicht die Deregulierung, daß 2000, 3000, 4000 Mann Belegschaft beim Betriebsführer oder Oberleiter ihre Entschuldigung anbringen sollen, eine gewalttätige Abwägung! Sie wollen es nicht anders. Nur der Herrenstandpunkt des Zechenverbandes, der Unternehmer im Ruhrgebiet hat diese Zustände verschuldet.

In Ober-Schlesien ist man klug genug gewesen, zu sagen: Der 1. Mai geht für die feierten, nicht als Summenposten und wird nicht als Urlaub angerechnet. In Niederschlesien hat man angehängt: Diejenigen, die am 1. Mai feiern wollen, haben sich bei ihrem Steiger abzumelden. Das ist geschehen, und so ist der 1. Mai ohne Streikfeiern verlaufen gegangen. Wer feiern wollte, konnte feiern, wer arbeiten wollte, konnte arbeiten. Da hat es keine Zusammenstöße gegeben. Nun zu den Verhandlungen im Zechenverband. Herr Kollege von Waldhausen hat auf die Verhandlungen am 10. und 11. April d. J. im Beisein des Herrn Handelsministers verwiesen. Beschäftigt hat der Vertreter dort die angeführte Antwort gegeben? Der Vorsitzende des Zechenverbandes, Herr Dickhoff, hatte erklärt: Diese Frage ist für uns eine grundsätzliche Frage. Darauf hat unser Vorstandsvorsitzender Schmitt erklärt: „Wenn das für Sie alles grundsätzliche Fragen sind, dann müssen Sie uns, diese Frage auch grundsätzliche zu behandeln.“ Es läßt uns nichts anderes übrig. Wir fühlen mit unseren Kameraden, den Bergarbeitern; wir haben selber früher, als wir noch in Arbeit standen, gegen den Willen der Bergwerksbesitzer den 1. Mai gefeiert, weil wir auch mal an einem Tage im Jahre feiern wollten, wenn es uns beliebt. Aber früher, wenn ein Hohenjoller oder sonst eine hohe Persönlichkeit nach Essen kam oder ein Feiertag nationaler Güte im Betrecht kam, hat man dann die Mehrheit der Arbeiter gefragt, ob sie feiern wollten? Weber berichtet dann den Fall Giesemann und sagt weiter: Das hat keine kritikwürdigen Seiten gegeben, nein, die Produktionsstellen der Zechenbetriebe haben diesen Streik herausgeschrien. Die diese Streikstimmung entstehen konnte, das mögen noch folgende Vorkommnisse beweisen: Wir haben hier im vorigen Jahre bei Besprechung der Angelegenheit auf Mont Cenis und Konstantin der Gröbe die Beschlüsse gefaßt, daß die Betriebsräte zu der Befragung herangezogen werden sollen,

und dann, daß Besprechungen mit den Bergarbeiterbeamteten stattfinden sollten. Die Betriebsverordnungen erklären einfach: Diese Beschlüsse sind für uns nicht bindend. (Beif. Zustimmung.) Die Verordnungen des Handelsministers gelten für uns nicht, und wo der Bergarbeiterbeamtete die Betriebsräte während der Arbeitszeit zu Besprechungen einlädt, weil dort hat die Grundverordnung, diese Zeit als Arbeitszeit zu betrachten, ist nicht bindend. Das Verhalten mancher Bergarbeiterbeamteten selbst, wie Herr Giesemann im Raderer Revier hat eine solche Besprechung vormittags 11 Uhr angesetzt. Vor der Besprechung hat der Betriebsausschuß von der Gewerkschaft darauf aufmerksam gemacht worden, daß die Zeit nicht bezahlt wird, es würden zwei Stunden, von Lohn abgezogen werden. Der Betriebsausschuß sagt, er würde sich dadurch nicht betreten lassen, er würde der Einladung der Bergarbeiterbeamteten folgen. Bei der Besprechung ist nachher zum Ausdruck gekommen, diese Sitzung hätte ja in den Schlichtungsausschüssen werden können. Da hat der Bergarbeiterbeamtete gesagt: „Das sollte mir einfallen, außerhalb meiner Arbeitszeit hier die Besprechungen abzuhalten; ich habe noch etwas anderes zu tun.“ — Der angerufenen Schlichtungsausschuß erklärte sich für unzuständig. Die berufliche Vermittlung war erfolglos, weil der Beauftragte der Zeche keine Vollmacht hatte.

Das Berggewerkschaftsgericht hat unter Vorsitz des Bergarbeiterbeamteten Weiß entschieden, daß die Zechen nicht verpflichtet wären, diese Arbeitszeit zu bezahlen. Die Besprechung hätte auch in der Beschlusssitzung, also mittags um 1 Uhr, stattfinden können, wenn die Ein- und Ausfahrt ist. Das steht fast so aus, als wenn der Bergarbeiterbeamtete sich selbst geschmeichelt hätte.

Am 8. 21 der Arbeitsordnung heißt es, daß der Betriebsausschuß bei Feststellung minderbedeutender Vorkommnisse herangezogen werden muß. Die Betriebsverordnungen führen sich hierauf nicht daran, und sie mußten erst durch Urteil des Schlichtungsausschusses gezwungen werden, die Arbeitsordnung uneingeschränkt.

Dann das Ansehen von Bekanntmachungen! Der Streik ist zum Teil auch dadurch entstanden, daß Bekanntmachungen angeheftet wurden, ohne der Betriebsverwaltung vorgelegt zu sein. Es sind verschiedene Entscheidungen darüber ergangen. Ein Bergarbeiterbeamtete in Essen hat entschieden, daß Bekanntmachungen im Unternehmen mit der Werkleitung angehängt werden dürfen. Auf Anrufen des Oberbergamtes hat dieses dann entschieden, daß die Anschläge dem Werk zur Kenntnisnahme vorgelegt sind. Da muß man fragen, um was für Anschläge es sich oft handelt. Ich habe hier z. B. eine Mitteilung von den Zechenführern. Da hat man einen Anschlag abgelesen, in dem es hieß: Die Belegschaft wird erlucht, sich an der Beerdigung des dann und dann verstorbenen Kameraden zu beteiligen. In einer anderen Bekanntmachung heißt es: Die Witwe eines verunglückten Bergarbeiters bedankt sich bei der Belegschaft für die gesammelten Gelder, die ihr als Unterstützung überwiesen worden sind. Auch dieser Anschlag ist angeheftet worden.

Solcher Schikanierungen zählt der Kamerad Giesemann noch eine Reihe auf, um zu zeigen, wie man sich „lästiger“ Betriebsratsmitglieder zu entledigen versucht. Er sagt weiter:

Diejenigen Betriebsräte, die waschlappig sind, die sich um nichts kümmern, die alles laufen lassen, die zu allem Ja und Amen sagen, die werden natürlich nicht getroffen. Aber Betriebsratsmitglieder, die ihre Sache vertreten, die sich weiterkämpfen versuchen, sucht man auf jede Art und Weise ungeschädlich zu machen. Wenn Sie, Herr Dr. Winterneil, von einer Niederlage reden, so will ich Ihnen sagen, daß wir nicht am Abend des 10. Mai als Beschlusssitzung aus dem Zechenverbandsgedäude in Essen hinausgegangen sind. (Abg. Winterneil: Das stimmt!) Die Beschlusssitzung waren andere Leute. (Abg. Winterneil: Aber es war eine Niederlage!) Wenn das für Sie ein Sieg war, dann können Sie sagen: „Koch ein solcher Sieg, und wir sind verloren.“ Nun muß ich sagen, daß das, was Herr Winterneil angeführt hat, getrost machen eine Kampfbotschaft ist. Ich habe mit der Frage vorgelegt, ob denn das mit unserer Koalition vereinbar ist, ob eine solche Beschimpfung der Arbeiter und der Arbeitervertreter zulässig ist, und ob man das ertragen kann.

Ich glaube, den Nachweis erbracht zu haben, daß der Streik nicht durch irgendwelche Feinheiten entstanden ist, sondern aus den Verhältnissen heraus geboren wurde, daß unsere Forderung keine andere sein konnte, daß wir uns der Arbeiter- und Betriebsräte annehmen mußten, wie wir es auch in Zukunft tun werden. Ich gebe Ihnen Brief und Siegel darauf, daß unsere Bergleute im Ruhrgebiet und in anderen Bezirken sich die Verschärfung des Betriebsratsgesetzes nicht gefallen lassen werden. Sie werden sich zur Wehr setzen, wenn in dieser Weise weiter vorgegangen wird, und wenn in Bezug auf die Tarifverträge und die Bestimmungen der Betriebsräte keine Verständigung, keine Vereinbarung oder kein befriedigender Schiedspruch zustande kommt, dann sind die Unternehmern für alles kommenbe verantwortlich.

Noch ein paar Worte zu einer anderen Frage. Herr Abg. Dr. Winterneil hat zum Schluß seiner Ausführungen ein Loblied auf Stinnes gesungen und hat davon geredet, daß Herr Stinnes 600 000 Arbeiter Brot gebe. Das kann aus Ihrer kapitalistischen Einstellung heraus wohl gesagt werden. Wir aber sind anderer Meinung. Nicht Herr Stinnes sorgt dafür, daß die Großbetriebe in Bewegung sind und daß die Maschinen laufen, sondern dafür sorgen die 600 000 Arbeiter, Angestellte und Beamte. Die Werte, über die Stinnes verfügt, werden, wenn die Arbeiter, die Angestellten und Beamten es wollen, fließen, und Herr Stinnes es will oder nicht. Sie werden auch kaufen, selbst wenn Herr Stinnes oder andere Industriekapitäne nicht mehr unter den Lebenden weilen.

(Ueber die Beschlüsse des Landtags zum Bergesetz werden wir in der nächsten Nummer berichten.)

## Was geht mit dem Kanalbau in Wanne vor?

Durch die bürgerliche Presse ging vor einiger Zeit die Nachricht, daß die Schwerindustrie den Wanner Hafen mit Beschlag belegen wolle. Es liegt durchaus im Zuge der Absichten, die die Industrie seit längerer Zeit verfolgt, Institute, die entweder dem öffentlichen Verkehr oder öffentlichen Bedürfnissen dienen, in die Hand zu bekommen. Bekannt sind die Bemühungen der Industrie um die Reichseisenbahn. Einseitige Denkschriften nicht genügend orientierter „Fachmänner“, Reisen prominenter Industrieller ins Ausland, der Versuch, mit Hilfe des Auslandes der Nation die Verkehrsmittel abzuwinden, eine durstige Pressepropaganda und noch manches andere sind die Mittel, deren sich die „Wirtschaftsführer“ zur Erreichung ihres Zieles bedienen. Der Anschlag auf die Eisenbahn scheint ihnen aber doch nicht zu genügen, besonders nachdem jetzt der Eisenbahnorganisationsausschuß des Reichsverkehrsministeriums an der bekannten Denkschrift über die Privatisierung der Eisenbahn eine geradezu vernichtende Kritik geübt hat. Dadurch wird es erklärlich, daß die Industrie nunmehr zu dem Versuch übergeht, wenigstens die Wasserstraßen zu beherrschen. Dieser Versuch geht dahin, auf eine raffinierte Weise sich in den Besitz der Kanalhäfen zu setzen. Bekannt ist der Angriff auf den Hafen Duisburg, welcher nur durch das energische Eingreifen unseres Kameraden Hue zu schanden wurde. Augenblicklich dreht sich der Kampf um den Wanner Hafen.

Der Kanalhafen Wanne befindet sich zurzeit im Besitz der Kommunen Wanne, Herne und Landkreis Gelsenkirchen. Diese Gemeinden bilden zusammen die Hafenbetriebsgesellschaft (G. m. b. H.). Der Hafenbetrieb hat sich in den letzten beiden Jahren gut rentiert, es war möglich, während des Krieges geleistete Zuschüsse zurückzuerstatten und dabei noch nicht unbeträchtliche Abschreibungen zu machen. Nun ergibt sich die Notwendigkeit, die Hafenanlagen zu erweitern, insbesondere muß, um eine reibungslose Abwicklung des Hafenverkehrs zu ermöglichen, der Liegeplatz ausgebaut werden.

Der Hafendirektor Wehrspan glaubt, daß die Gemeinwesen die dazu erforderlichen Summen — es handelt sich zunächst um einen Betrag von 65 Millionen Mark — nicht aufbringen können und betrachtet die finanzielle Beteiligung der Schwerindustrie in weitestem Umfang als einzigen Ausweg. Es wird angestrebt, die Hafenbetriebsgesellschaft in eine Aktiengesellschaft umzuwandeln, an der die Industrie — soweit bekannt, handelt es sich um die Gesellschaften Sibirnia, Voithring, Konstantin und Emald — mit 80 Prozent beteiligt sein soll, die restlichen 20 Prozent will man großmütig den Kommunen überlassen.

Die Gemeinden dürften wohl den Ausbau des Hafens unternehmen, seine Ausnutzung jedoch möchte die Industrie beschlagen. Wie wir hören, ist seitens der Industrie den Gemeinden ein lächerlich niedriges Anerbieten gemacht worden: man will den dreifachen Betrag des Goldmarkwertes anlegen. Der Aufsichtsrat und die Gesellschafterversammlung der Hafenbetriebsgesellschaft, die eine mit den zuständigen Gemeindevertretungen nicht übereinstimmende Zusammenfassung zeigen, haben den Plänen der Privatisierung, deren eifrigster Befürworter der genannte Hafendirektor ist, zugestimmt. Es ist nicht zu zweifeln, daß die Gemeindevertretungen eine andere Stellung einnehmen werden. Die Bedeutung der Angelegenheit geht weit über den Kreis der beteiligten Kommunen hinaus. Der Wanner Hafen beherrscht einmal den ganzen Rhein-Gerne-Kanal und bei der Abhängigkeit der Kanalpolitik von der Tarifpolitik der Eisenbahn und umgekehrt kann bei einer möglichen Beherrschung des Kanals die Industrie wieder in höchst unerwünschter Weise auf die Rentabilität der Reichseisenbahn einwirken.

Die Arbeiterschaft und damit das ganze Volk kann und wird nicht zulassen, daß Einrichtungen, die öffentlichen Bedürfnissen dienen, dem Profitstreben einer Minorität ausgeliefert werden.

## Die Einheitsfront.

Die Unionisten scheinen langsam einzusehen, welches Verbrechen sie an der Arbeiterschaft begangen haben, indem sie durch ihre weitere Zerstückelung die Macht der Kapitalisten stärken. Man muß dieses annehmen, denn in drei Nummern der „Union“, dem Zentralorgan der Union der Hand- und Kopfarbeiter, wird zur Einheitsfront aufgerufen, besonders zu einer solchen im Bergbau. Von unserem Verband wird gefordert, daß er Stellung dazu nehme und den Unionisten Antwort gebe über seinen Beschluß.

## Bücher und Schriften.

### Die Heberwindung des Kapitalismus

Besteht sich ein soeben erschienen Buch von Oberhart Schimmer. Neben einer hübschen ankeren Aufmachung bringt der Inhalt einen wertvollen Schatz. Man könnte das Buch ebensogut „Das Gläubigenverhältnis eines Sozialisten“ überschreiben. Ich glaube, sagt der Verfasser, daß die Zeiten ihrem Ende nahen, was es heißt die Welt der Wirtschaftsmittel — die Massen der Arbeiter usw. Und dieser Glaube tritt aus jedem seiner philosophischen Briefe immer deutlicher hervor. „Marxistischer Idealismus“ nennt er dieses, kein Idealismus.

Sind die Grundgedanken des Buchs auch keine neuen, so ist doch die Form, in welche dieselben gekleidet sind, höchst interessant. Marxistischer Geist ist es, was aus den Zeilen spricht. Damit soll nicht gesagt sein, daß Schimmer ein absoluter Marxist ist. Nein, auch Marx muß sich seine Kritik manchmal gefallen lassen, wodurch das Buch nur an Wert gewinnt. Kultur, Sinnlichkeit, Geist, das ist der Agrar der Arbeiter, und dieser Ruf nach Kultur steigert sich immer in geradezu lebensschmerzlicher Weise. „Schimmer's Tod ist der Tod der Freiheit“ der Wirtschaft der emporgelommenen Gesellschaft des 19. Jahrhunderts“, ruft Schimmer aus, und dies zu verhindern, dazu sind in erster Linie die „Geistigen“ berufen.

Geradezu nieherstürzende Behauptungen ruft er demjenigen „Geistigen“ zu, die, anstatt zu sehen, daß Geist und Kapitalismus Erzeugende sind, von ihnen leben, sich der Schwärze und Verlogenheit des aufsteigenden Selbsthabs mißtrauen, die zum Verfall der Welt werden. Schimmer offenbart sich als heftigster Idealist, dessen Erkenntnis, in dem Leben der Geistes- und Wissenschaftler, einen Erkenntnisstand, ihn nicht in den Bereich bringen kann, einer jener unwiderstehlichen Weltverbesserer zu sein, die wir leider aus heute noch zu zahlreich haben. Man muß allerdings mehrere seiner Briefe gelesen haben, um so recht dieses Schimmer nach Geist und Kultur zu verstehen.

Stöße Hoffnungen in der fortschreitenden Entwicklung und Umgestaltung der Wirtschaftsorganisation legt er auf die Gewerkschaften, die als Träger der wirtschaftlichen Arbeit sich losgerissen haben von der allmächtigen Neoliberalen Staat der „Diktatur des Proletariats“. Ein neuer Geist muß innerhalb der materialistisch bedingten Arbeitermassen, die das naturnotwendige Gegenbild des Kapitalismus sind, aufsteigen. Der Anfang dieses neuen Denkens wird der Anfang zum Ende des Kapitalismus sein.

Man kann manchmal anderer Auffassung als Schimmer sein. Der oben erwähnte Sinnlichkeit aber, der fast jeder Zeile entweicht, sowie die ehrliche Sprache, die ebensogut für den „Geistigen“ wie für den „Arbeiter“ genügt ist, macht das Buch unbedingt empfehlenswert. Die für den Arbeiter oft schwierige Sachlage wird teilweise witzig gemacht durch die vorzügliche Stoffwahl.

Das Buch ist zum Preise von 10 Mk. von der Buchhandlung L. L. in Wanne zu beziehen.

### „e 4 5“ von Dr. jur. Wilhelm Schlüter, Oberbergamt am Oberbergamt in Dortmund.

Er bringt die letzten Gesetze und Verordnungen auf dem Gebiete des Arbeiterrechts, wie die Gesetze über die Einsetzung von Betriebsratsmitgliedern in den Ausschüssen nebst Wahlordnung und über Verlängerung der Geltungsdauer von Remedialverordnungen sowie die Nachtragsgesetze bzw. Verordnungen betreffend Einstellung und Entlassung von Arbeitern und Angestellten, Einkommensteuer vom Arbeitlosen, das Gewerbevertragsgesetz u. a. m. In dem „Handbuch“ selbst, das Ende 1921 in demselben Verlag erschien, sind alle wichtigsten Gesetze und Verordnungen über das neue Arbeiterrecht, insbesondere das Betriebsratsgesetz mit Nachtragsgesetzen, die Gesetze und Verordnungen über Tarifverträge, Schlichtungsausschüsse, Arbeitsvermittlung, Erwerbslosenfürsorge, Reichswirtschaftsrat usw. zusammengestellt. Der Verfasser verwendet langwierige Kommentare, gibt dafür aber jedem Gesetz eine übersichtliche, gemeinverständlich vornehmende Erklärung mit, die den Zweck des Gesetzes erläutert und einen schnellen Ueberblick gewährt. Die Ergänzungen sind knapp, aber erschöpfend, und zeigen den Zusammenhang mit den übrigen Gesetzen des Arbeiterrechts. Wir können das „Handbuch“ und den „Nachtrag“ allen Kameraden, die sich auf dem Gebiete des Arbeiterrechts unterrichten und auf dem Laufenden halten wollen, vor allem aber den Betriebsräten, nur empfehlen.

### Wirtschaftliches Denken

Besteht sich ein Buch, das der Schriftleiter der „Betriebsräte-Ztg.“, Dr. Alfred Strieme, aus seinen Veröffentlichungen zusammengestellt hat. Diese 18 Aufsätze, die die Schrift enthält, beziehen sich auf die verschiedensten Wirtschaftsprobleme, die heute im Vordergrund der Diskussion stehen und bilden eine Ergänzung zu den sechs volkswirtschaftlichen Vorträgen, die ebenfalls die Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes in Berlin herausgegeben hat. Dieses Werk ist nicht nur ein Unterrichtsmittel für den, der sich selbst bemüht, die wirtschaftlichen Zusammenhänge zu begreifen, sondern auch für Fach- und Wirtschaftskreiseln, in denen der Lehrer des Material zu fruchtbringenden Ansprüchen vorzüglich verwenden kann. Die Schrift stellt den Leser vom Anfang bis zum Ende auf dem neuesten Stande und bietet viel Anregung zum eigenen Nachdenken. — Die 96 Seiten starke Broschüre kostet im Buchhandel 15 Mk. Mitglieder von Gewerkschaften erhalten sie zum Vorzugspreise durch ihre Organisationen.

### Betriebsrat und Arbeitswissenschaft

Eine arbeitswissenschaftliche Besprechung an der Berliner Betriebswissenschaftlichen Gesellschaft. Herausgegeben von Hans Kraus, Lehrer an der Betriebswissenschaftlichen Groß-Berlin. Unter Mitwirkung von Fritz Friede, Leiter der Betriebswissenschaftlichen Groß-Berlin, Dr. Hebenberg, Direktor der Betriebswissenschaft der Stadt Berlin und anderen. Mit zahlreichen graphischen Darstellungen und einer kunstvoll gezeichneten Preisliste. 24 Mk. geb. 26 Mk. 50 Pf. Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes in Berlin.

Die Frage des Lohnsystems wird, infolge der völligen Umgestaltung der deutschen Wirtschaft, für die Arbeiterschaft aus einer theoretischen zu einer praktischen von größter Bedeutung. In allen größeren Betrieben werden arbeitswissenschaftliche Methoden, die man Lohnsysteme oder wissenschaftliche Betriebsführung genannt werden, eingeführt. In-

folgedessen wird es für die Arbeiter im allgemeinen, für die Betriebsräte aber im besonderen, nötig, sich mit Arbeitswissenschaft und Psychologie zu beschäftigen. Die Stellung der Arbeiterschaft zum Lohnsystem ist bisher noch ungeklärt. Auf der einen Seite wird sie auf das Schärfste abgelehnt, auf der anderen Seite ergibt man sich fast willenlos in das Unvernünftige. Beide Arten der Stellungnahme sind begrifflich, durch die große Unkenntnis, die innerhalb der organisierten Arbeiterbewegung gerade über das Wesen der Betriebswissenschaft herrscht. Die Schrift vom Kraus soll der Aufgabe dienen, über das Problem Klarheit herbeizuführen. Der klare Ausdruck, den die Kurse an der Berliner Betriebswissenschaft über die Frage gefunden haben, ist ein Zeichen dafür, daß die Notwendigkeit der Aufklärung auch auf diesem Gebiet einem Bedürfnis entspricht.

Zum erstenmal werden in der Schrift vom Kraus von völlig unparteiischer Seite die Vorteile wie auch die Nachteile des Lohnsystems, wie sie sich nach dem Stande der Erfahrungen von heute zeigen, auseinandergesetzt. Sie bildet eine gute Einführung in diese komplizierte Frage, namentlich deshalb, weil sie auch dem Nichtfachmann völlig verständlich ist, und gehört sie aus diesem Grunde in die Hände eines jeden Gewerkschaftsbeamten und Betriebsrats. Sie wird aber auch den gewerkschaftlich und anderen organisierten Arbeitern und Angestellten ein wertvolles Hilfsmittel zum Verständnis dieser wichtigen Frage sein.

### Die Wirtschaftskrise mit Nachzahlen der „Frankfurter Zeitung“.

Angeführt des letzten Nachtrags unserer amtlichen Statistik ist die Wirtschaftskrise als ein sehr verdienstvolles Unternehmen anzusehen. Das soeben erschienene 2. Heft enthält wieder eine Reihe wertvoller Materialien zur Durchleuchtung unserer Wirtschaftslage. Neben der Fortführung der bekannten Statistiken über Preise, Löhne, Arbeitsmarkt, Daulia, Handel und Verkehr usw. sind mehrere neue Berechnungen aufgenommen. Wir erwähnen davon Rentabilitätsbilder, Leistungsbilanz und vergleichende Haushaltsrechnungen. Stellen auch die angegebenen Methoden des bekannten Volkswirtschaftlers Ernst Kohn in diesem noch Verlage dar, so kommt diese Darstellungswiese den Bedürfnissen der Wirtschaftspraktiker doch weit mehr entgegen, als es die amtliche Wirtschaftstatistik tut. Wir können das Heftchen unseren Funktionären und allen wirtschaftlich Interessierten nur empfehlen. Bestellungen nimmt die Firma G. Gansmann & Co., Bochum, entgegen.

### Gesundheitspflege der arbeitenden Jugend.

Von Dr. Julius Wessels. (Heft 8 der Sammlung sozialistischer Jugendschriften „Proletarische Jugend“. Verlag der Buchhandlung „Freiheit“, Berlin C. 2, Breitestr. 89.) In der heutigen Zeit der allgemeinen wirtschaftlichen Notlage, noch gesteigert durch die Folgen des Krieges, befaßt die Jugend mehr denn je eines gesunden Körpers und eines klaren Geistes. Nur von einem gesunden Körper können gesunde geistige Leistungen erwartet werden. Von diesem Grundsatz ausgehend, behandelt der Verfasser dieser Schrift in zehn Abschnitten die Gesundheitspflege der Jugend, Körperpflege, Ernährung, Kleidung, Wohnungsfrage, ferner den Sport, Arbeiterschaft, Alkoholismus und die Tuberkulose. In dem Kapitel über Gesundheitspflege zeigt der Verfasser die Wege zur Pflege und Schulung des Geistes. Die Schrift wird nicht nur allen Jugendlichen, sondern auch den Erwachsenen ein willkommenes Führer und Ratgeber sein.

In Nr. 18 der „Union“ vom 12. April 1922 heißt es: „Wir wissen, daß die Organisationen der Christlichen, der Kirche usw. das ohne weiteres ablehnen werden.“ Man kann daher gar nicht von einer Einheitsfront sprechen, denn diese müßte von allen Bergarbeiterorganisationen gebildet werden und würde bei dem Fehlen der von der „Union“ angeführten Organisationen mit ihrer nicht unbeträchtlichen Mitgliederzahl von einer Einheitsfront keine Rede sein können. Wir warten auf eure Antwort“, so rufen die Unionisten durch ihr Organ unserem Vorwort zu. Doch sie geben sich, ohne erst die Antwort abzuwarten, diese selbst. In Nr. 18 der „Union“ finden wir auch folgende Stelle:

Wir werden in der Antwort hören: Wir trauen euch nicht! Nun, wir erklären, ihr braucht nicht mit uns zu kämpfen um Weg und Ziel, wenn ihr nicht wollt, sondern um das tägliche Brot der Arbeiter, gegen die kapitalistische Offensive, gegen die Verlängerung der Arbeitszeit, gegen die Reaktion und Herabsetzung der Löhne, gegen die ungeheure Steuerlast der Arbeiter und alle reaktionären Gesetze, die in Vorbereitung sind.“

Dieses Programm ließe sich hören, auf dieser Grundlage ließe sich ein gemeinschaftliches Arbeiten ermöglichen, denn was hier verlangt wird, was machen wir Tag für Tag in praktischer Arbeit ohne Phrasengebimmel, was man von der Union nicht sagen kann.

In Nr. 19 der „Union“ vom 12. Mai 1922 kommt auch schon der Bescheid zum Vorschein. Jedenfalls kam von Moskau die Weisung, daß ihnen Weg und Ziel alles sein müsse, und flugs verlangt man von unserer Verbandsleitung, daß der Verband aus der Arbeitsgemeinschaft mit den Unternehmern und den christlichen und gelben Verbänden austrete und sich der roten Gewerkschaftsinternationale anschließen sollte.

Einem solchen Beschluß kann unsere Verbandsleitung nicht fassen, sondern darüber zu beschließen ist Sache der Generalversammlung. Wie kommt überhaupt die Union dazu und wie kann sie es wagen, in denselben Artikeln, in denen sie unseren Verband auffordert, mit ihr zusammenzugehen, die unwahre Behauptung aufzustellen, daß unser Verband mit gelben Verbänden in der Arbeitsgemeinschaft sitze!

Wer Hand aufs Herz: Glauben die Unionisten wirklich, daß um ihrer schönen Augen willen unsere Mitglieder sich von ihren über acht Millionen deutschen freigewerkschaftlich organisierten Kameraden trennen werden? Ist die Union wirklich der Meinung, daß der Verband aus der positiven Arbeit leistenden Amsterdamer Internationale mit ihrer 24 Millionen zählenden Mitgliederzahl austritt, um den Befehlen der Moskauer Gewalthaten zu folgen? Diese können heute noch nicht angeben, in welchen Ländern eigentlich die Mitglieder der roten Gewerkschaftsinternationale sitzen und wie stark oder vielmehr wie schwach sie sind. Die rote Gewerkschaftsinternationale hat ja auch, wie bekannt, den Weisungen der dritten kommunistischen Internationale zu folgen. Wehe ihr, wenn sie es nicht täte! Rein, vereinte Union, diesen Weg werden unsere Mitglieder nicht gehen.

Ehe wir eine weitere Antwort erteilen, fragen wir die Leitung der Union:

1. Wieviel zahlende Mitglieder, die Bergarbeiter sind, hat die Union?
2. Wie hoch ist das Vorvermögen der Union, wie hoch auf den Kopf der bei ihr organisierten Bergarbeiter auf Grund ihrer Beitragsleistungen?
3. Ist die Union bereit, dieselben Mitgliedsbeiträge einzuführen, wie sie der Verband hat?
4. Ist sie bereit, ihre Organisation neutral zu gestalten, damit sie nicht nur allein den Zwecken der kommunistischen Partei dient?
5. Ist sie bereit, die schärfste Bekämpfung des Bergarbeiterverbandes, die nur dem Mitgliedsbeitrag dient, einzustellen, ferner die durch ihre Leitung vorgegebene rücksichtslose Bekämpfung der Amsterdamer Internationale?
6. Ist sie bereit, auch mit den anderen Bergarbeiterorganisationen zusammen zu arbeiten, um so den Einheitsgebanen zu verwirklichen? Nach Erhalt der Antwort werden wir weiter Stellung nehmen.

### Gründe des amerik. Bergarbeiterkreits.

Der große Kampf im amerikanischen Kohlenbergbau, an dem rund 400 000 Arbeiter beteiligt sind, hat eine Reihe von Ursachen sowohl auf dem Gebiete der Löhne, wie insbesondere auch auf dem Gebiete der Steuergerechtigkeit der Arbeit selbst.

Am 20. Januar d. J. überreichten die Vertreter von 145 000 Bergarbeitern der Westkohlenreviere Pennsylvania den Unternehmern 19 Forderungen, darunter insbesondere das Verlangen nach einem zweijährigen Vertrag, Erhöhung der Tariflöhne um 25 v. H. für Gebirgsarbeit, Erhöhung der Zeitlöhne um 1 Dollar je Tag und Wiederherstellung der unter den verschiedenen Gruppen der Beschäftigten bei der Lohnaufzeichnung des Jahres 1920 bestehenden Unterschiede, ferner noch einheitlichen Lohn in allen Bergrevieren für Arbeit der gleichen Art, Wochentag für alle Beschäftigten, wobei die Arbeitszeit der Untertagearbeiter einschließlich Ein- und Ausfahrt zu rechnen ist; soweit die Leistung noch nach Wogenladungen bezahlt wird, ist dies in Bezahlung nach der Tonne zu ändern.

Die Leitung wurde zugleich beauftragt, die Arbeitseinstellung durchzuführen, wenn nach Ablauf des Tarifvertrages eine Verhandlung nicht zustandekommen sollte.

Es wird oft die Frage aufgeworfen, warum die Bergarbeiter eine solche Lohnherabsetzung fordern konnten zu einer Zeit, wo sonst allgemein Lohnabbau stattfindet. Es ist dies noch eine Folge des Umfanges, daß die Löhne der Bergarbeiter weniger als die anderer Arbeitergruppen gestiegen waren. So stellte ein vom Präsidenten Wilson 1920 eingeleiteter Ausschuss, der den damaligen großen Konflikt im Bergbau lösen sollte, fest, daß die Löhne der Arbeiter im Westkohlenreviere während des Krieges nur um 49 v. H. in die Höhe gegangen sind. Dieser Ausschuss verfaßte u. a. damals eine neue Lohnherabsetzung um 20 v. H., so daß die Durchschnittslöhne der Bergarbeiter auf etwa 80 v. H. über die Löhne des Jahres 1913 hinausreichten. Den unteren Arbeiterschichten wurde ein Mindestlohn von 2 1/2 Centis je Stunde gewährt. Der damalige Ausschuss wurde viel angefochten und die Arbeiter verlangten die Durchführung des Vorlages der Mindestlohn des Ausschusses, die für eine Erhöhung um 30 v. H. und für einen Mindestlohn von 6 Dollars täglich für die untere Gruppe eingetretten war. Es entsandene einige Einzelstreiks, ohne daß die Lage sich dadurch geändert hätte. Die Bestimmungen des Ausschusses sollten, wie festgelegt, bis zum 1. April 1922 Gültigkeit haben. Der Verbandstag der Bergarbeiter im Januar d. J. forderte dann nachträglich erneut eine Erhöhung um 20 v. H. Eine besondere Konferenz der Bergarbeiter, der Westkohlenreviere und auch der Westkohlenreviere im Februar d. J. in Indianapolis beschloß, die Verlängerung der bestehenden Lohnverträge in den Westkohlenrevieren zu verlangen, für die Westkohlenreviere dagegen eine Erhöhung um 20 v. H. zu fordern, ferner den Samstagentag und die fünfjährige Arbeitswoche. Der Tarifausschuss des Verbandes hatte dagegen dem Verbandstage empfohlen, für den Samstagentag einzutreten. Der abweichende Beschluß des Verbandstages in dieser Frage wird auf den radikalen Flügel des Verbandes in Kansas und Illinois zurückgeführt.

Von nicht geringerem Einfluß als die Lohnfrage dürfte auf die Haltung der Arbeiter der Umfang sein, daß ihre Arbeit eine sehr unregelmäßige ist. In den Vereinigten Staaten ist nämlich in den meisten Bergrevieren noch üblich, daß täglich oder wöchentlich nur soviel Arbeiter eingestellt werden, als nötig sind, um die vorliegenden Aufträge auszuführen. Die Zahl der Bergwerke hat in den letzten zehn Jahren um mehrere Tausend (!) zugenommen. Sie werden vielfach von Abenteurern betrieben, ohne Kapital und mit der allerprimärsten Einrichtung. Die Folge ist, daß in den Bergbaubezirken Tausende von Arbeitern oft sogar mehr oder minder obdachlos sich herumtreiben in der Hoffnung, Arbeit zu finden und fast es auch immer nur wieder für einige Tage. Nach einer amtlichen Erhebung gingen in den letzten 20 Jahren (1900 bis 1919) 124,7 Millionen Tage durch Einzelne verloren, dagegen 1089,5 Millionen Tage oder fast achtmal so viel durch „Abgangsmangel“, Transporthemmnissen u. dergl. Es gibt Bergwerke, in denen die Arbeiter durchschnittlich nur auf 70 Arbeitstage im Jahre kommen, in anderen bis auf 150, aber eine regelmäßige Beschäftigung während des ganzen Jahres ist äußerst selten. Unter diesen Umständen ist es erklärlich, daß die ganze Industrie unrationell arbeitet, natürlich in der Hauptsache auf Kosten der Arbeiter.

Doch der Widerstand der Unternehmer weniger auf die Lohnforderung zurückzuführen werden kann, geht auch daraus hervor, daß bei einem Durchschnittspreise der Kohle von rund 11 Dollar nur 1 1/2 Dollar auf den Arbeitslohn entfallen, so daß auch eine Erhöhung dieses Lohnes um ein Fünftel den Kohlenpreis kaum beeinflussen würde.

Die amerikanischen Kohlenfelder sind noch so ungeheuer reich, die Kohle liegt so offen, daß vielfach Tagebau möglich ist, so daß eine rationelle Bewirtschaftung dieser nicht nötig war, zumal der Zustrom von Arbeitern aus den nächstgelegenen Ländern der Welt für billige Arbeitskräfte sorgte. Die kapitalistische Treibhausatmosphäre, die in solcher Reichtum kaum noch irgendwas anders angreifen ist und die leider

auch diesen tüchtigen Arbeitern die Köpfe verdirrt, blühte noch auf lange Zeit hinaus eine im Interesse der Allgemeinheit liegende Verbesserung der Verhältnisse im amerikanischen Kohlenbergbau vorzubereiten. A. Baumelster (Genf).

Nachrichten aus Amerika besagen, daß im amerikanischen Streik kein Ende abzusehen ist. Die Arbeiter der Anthrazitgruben haben das Anerbieten der Unternehmer, eine 2prozentige Lohnherabsetzung vorzunehmen, abgelehnt. Die Unternehmer begründeten den Lohnabbau damit, daß die Lebenshaltungskosten seit August 1920 mit den gegenwärtigen Löhnen in Einklang stehen. Die Arbeiter fordern eine 25prozentige Lohnherabsetzung.

### Von den Betriebsräten.

#### Reaktionäre Verleumdung.

Im Reichstage sprach sich Minister Brauns anerkennend über die beträchtliche Zunahme der Arbeitsleistung aus, welche er als Folge der Demokratisierung der Betriebe ansieht. Die „Deutsche Zig.“ gibt dem Minister folgende Antwort:

„Dem Herrn Minister empfehlen wir bringend, einmal München oder Bamberg als Reichstag zu spielen. Er würde sein blaues Wunder erleben, wie man ihn wegen dieser Verleumdung beschimpft. Dr. Brauns besuche einmal in Berlin einige Betriebe, Betriebe, Arbeitsplätze unangenehm, dann wird er seine Meinung schnell umstellen, wenn er beobachtet, wie die Betriebsräte beraten, kommandieren und anordnen, wie die Arbeiter, Angeketteten und Beamten politisieren, sich verlameln, in den Kantinen sitzen, Zigaretten und Pfeife rauchen, Witze reißen, mit den Damen sich unterhalten, über die Zerstörung schimpfen, unzufrieden sind, die Arbeit brummen, die Vorgesetzten kritisieren, auf das Ende der Arbeitszeit warten und pünktlich mit dem Glockenschlage fluchtartig die Betriebsstätte verlassen.“

Was das reaktionäre Blatt mit dem Hinweis auf Garun al Raschid, den Selben aus „Lauten und eine Nacht“, der in Wirklichkeit ein iberischer Tyrann gewesen ist, erreichen will, ist nicht ganz klar. Was das „München“ andeutet, ist nicht ganz klar. Wir dem Minister nicht raten, auf diese Art den juristischen und politischen Verdrängungsstudien der Unternehmer einen Besuch abzustatten. Er würde dort von einem Ekel erfaßt werden, der ihm bisher fremd war. Den Arbeitern raten wir, sich vorliegende Verleumdungen zu merken, sie können dieselben bei verschiedenen Gelegenheiten, besonders wenn die Unternehmer ihre „guten, sozialen Seiten“ herauskehren, gebrauchen.

### Aus der Tarifpraxis.

#### Mantelstark für den Ruhrbergbau.

Vom 17. bis 24. Mai tagte unter Leitung des Geheimrats Hausmann vom Reichsarbeitministerium ein Schiedsgericht, um die zur Schaffung eines Mantelstarkes bestehenden Streitigkeiten zu überwinden. Eine Einigung der Parteien war bei den großen Gegensätzen zwischen den Arbeitgeber- und Arbeitervertretern auch unter Vermittlung des Schiedsgerichts nicht möglich, so daß also über alle die vorliegenden Streitfälle ein Schiedsgericht gefaßt werden mußte. Das Schiedsgericht hat am 25. Mai, morgens 4 Uhr, soweit der Mantelstark in Frage kommt, seine Arbeiten erledigt. Unentschieden geblieben sind noch die Richtlinien für die Tätigkeit der Betriebsräte und die Depotarbeitenverfugung für Zynbalen und Winden. Am 7. Juni nimmt das Schiedsgericht seine Tätigkeit wieder auf und wird zunächst über die Richtlinien für Betriebsräte entscheiden.

Sobald über die gesamten Streitfragen das Ergebnis des Schiedsgerichts vorliegt, wird eine Revidentkonferenz des Ruhrgebietes dazu einberufen. Diese Konferenz kann voraussichtlich vor dem 11. Juni nicht stattfinden.

### Soziales Recht - Arbeiterversicherung.

#### Schichtvergütung bei Sterbefällen.

In der Arbeitsordnung, welche im verflochtenen Jahr zwischen dem Gewerkschaftsverband und den Arbeitgeberorganisationen abgeschlossen wurde, enthält der § 13 Bestimmungen, laut welchen bei Sterbefällen den Beschäftigten die Schichtvergütungen gezahlt werden müssen. Der betreffende Passus lautet:

Bei Arbeitsunfähigkeit infolge Todesfall der Ehefrau erhält der Arbeiter den entgangenen Arbeitslohn bis zu zwei Schichten, bei Todesfällen der zu seinem Haushalt gehörigen Kinder, Eltern und Geschwister bis zu einer Schicht vergütet.

Diese klare Bestimmung wurde die Sache Wienbalds an dem Bergmann R. die Bezahlung einer Schicht verweigerte, welche er beim Todesfall seines Vaters verdiente. Der Kammer lagte. Die Spruchkammer Formand III fällt unter dem Vorbehalt des Bergrats folgendes Urteil:

1. Beklagte wird verurteilt, dem fristigen Betrag von 106 Mk. an den Kläger zu zahlen. 2. Die Kosten werden auf 8 Mk. festgesetzt und dem Beklagten zur Last gelegt. 3. Dieses Urteil wird für vorläufig vollstreckbar erklärt. Von Rechts wegen.

Tatbestand und Entscheidungsgründe: Kläger ist auf der der Beklagten gehörigen Zeche Wienbalds beschäftigt. Im November v. J. ist sein Vater gestorben. Kläger beantragt unter Berufung auf § 13 Absatz 2 der Arbeitsordnung Vergütung des entgangenen Arbeitslohnes für eine Schicht = 106 Mark. Die Beklagte hat um Abweisung des Klägers gebeten mit der Begründung, daß dem Kläger nach dem klaren Wortlaut der angelegten Bestimmung der Arbeitsordnung die Vergütung nicht zustehe, da der verstorbenen Vater nicht im Haushalt des Klägers, sondern vielmehr dieser im Haushalt des Vaters gelebt habe. Das Gericht war der Ansicht, daß der Sinn der fraglichen Bestimmung der sei, daß es nicht darauf ankomme, wer Haushaltsvorstand sei. Es genügt, daß der Kläger mit seinem verstorbenen Vater in einem Haushalt zusammen gelebt habe. Hiernach war wie gefolgt zu erkennen.

Trotz des klaren Wortlauts verweigerte also die Zeche, die Bestimmung zu verteidigen. Das Bergarbeitergericht hat dieses, wie nicht anders zu erwarten war, durch vorliegendes Urteil verurteilt.

### Nachrichten aus der Montanindustrie.

#### Ein Aufsichtsratsmitglied der Zeche Ober Zechegebinne.

In der „Deutschen Bergwerks-Zig.“ lesen wir, daß Klagen gegen das Aufsichtsratsmitglied der Zeche, Herrn von Wiffingen, eines Holländers, über Gewinne, die die Industrie, insbesondere der Bergbau, macht, in industriellen Kreisen „größtes Aufsehen“ erregt haben. Es ist wirklich höchst interessant, mal von einem durchaus eingeweihten Manne zu erfahren, daß der Bergbau „noch ebenbürtig bedient, wie im Jüteland“. Eine solche Auffassung erkundete er vor kurzer Zeit in einer Konferenz in Essen. Es ist verständlich, daß der Bergbau ein riesiges Geschäft erbringt, wenn mal einer der ihren aus der Schule plaudert. von Wiffingen soll seine Auffassung über die Zechegebinne auch an führenden Stellen der Reichsregierung vorgebracht haben. Es wird dem Reichswirtschaftsministerum sicherlich nicht unwillkommen sein, auf diese weitere Unterlagen zu den Selbstverleumdungen der Betriebsleiter zu bekommen. Wir nehmen an, daß von Wiffingen den amtlichen Stellen hinreichend Originalmaterial zur Verfügung gestellt hat, welches bei einer Neuregelung der Kohlenpreise gute Verwendung finden kann.

Die Bergarbeiter erwarten, daß die Regierung gegen die nun bekannt gewordenen Gewinnverleumdungen des Bergbauers energisch einschreitet und auch die Offenheit darüber rücksichtslos aufklärt. Die Gelegenheiten dazu sollte so bald wie möglich genommen werden. Be.

### Die deutschen Kohlenlieferungen im Jahre 1920/21

Frankreich		Belgien		Stellen	
Kohle a. D.	Werte	Kohle a. D.	Werte	Kohle a. D.	Werte
1920	7023	4196	11218	1431	1431
1921	6954	4148	11069	2665	106

Wenn man, wie es bei der Abrechnung geschieht, Kohle unter Grundbelagung eines Ausdringers von 76 Prozent in Kohle umrechnet, so ergeben sich noch genauer folgende Gesamtsummen: 1920: 15,6, 1921: 18,2 Millionen Tonnen, die vom Verband auch angesetzt worden sind.

Die amtliche französische Statistik macht neuerdings Angaben über die Kohlenausfuhr aus Deutschland nach Frankreich, die von den obigen Zahlen erheblich abweichen: Frankreich habe 1920 nur 9,9 Mill. Tonnen und 1921 nur 3,1 Mill. Tonnen, und zwar roh, zerlegt und brüchig erhalten. Es wäre sehr zu beacemern, wenn sogar die amtliche französische Statistik sich dazu hergeben wollte, durch Abweichungen von den wirklich bezeichneten Zahlen Propaganda gegen den guten Willen Deutschlands zu machen.

### Aus der deutschen Arbeiterbewegung.

#### Die Christen empfehlen sich der Reaktion.

In den letzten Wochen läuft durch die gesamte Reichspresse ein Artikel, in welchem „nachgewiesen“ wird, daß die „Sozialdemokratie“ zu überwinden ist. Beweis: Die freien, d. h. die sozialdemokratischen Gewerkschaften waren bis vor wenigen Jahren in der Arbeiterbewegung so gut wie „schwach“, heute aber wachsen die Christen groß und stark heran. In der „Deutschen Zeitung“, reaktionäres Organ erster Güte, empfiehlt Paul Krellmann die christlichen Gewerkschaften als besonders tüchtige Kräfte, die „parteilos“ neutral sind, wo Leute vom Zentrum aufwärts bis zu den Deutschnationalen Platz haben. Alles das können auch wir den Deutschnationalen beifügen und eruchen mit Krellmann die Kreise der Deutschnationalen Volkspartei, den christlichen Gewerkschaften nur ja nicht böse zu sein und sie liebevoll zu behandeln und aufzunehmen, denn sie stehen wirklich nicht „auf dem Boden des Klassenkampfes“.

Interessant ist nun ein Beteiligter der zu diesem Zwecke gegründeten „Reichsvereinigung Kriegerkreuz“, mit welcher bei Banken und industriellen Unternehmungen um Geld gebittelt wird zur Bekämpfung der freien Gewerkschaften und sozialistischen Parteien. Der Brief lautet: „Reichsvereinigung Kriegerkreuz E. V. Geschäftsführer Vorstand. Berlin SW. 47, 18. März 1922.“

Nach Verhandlung und auf Empfehlung Ihres Fachverbandes gestatten wir uns, Ihnen folgendes vorzutragen: Unsere innere Lage ist bisher politisch dadurch in der Schwere gehalten worden, daß die Arbeiterkraft noch in verschiedene Lager getrennt worden war und daß es gelungen ist, einen gewissen Teil von den radikalen Strömungen fernzuhalten. Zweifellos befinden sich in Deutschland unter den Kriegesbeschädigten und Kriegeshinterbliebenen viel radikale Elemente. Dieses erklärt sich teils durch ihre trostlose Lage, teils durch das heiße Verben sozialistischer Agitatoren, die die Kriegesopfer als dankbares Agitationsobjekt erkannt haben. Infolgedessen bilden sich hierorts die Antikriegsvereine wirtschaftlicher und politischer Unruhen und damit für die innere Festigkeit des Reiches eine ständige Gefahr, die bei der Zahl der organisierten Kriegesopfer von etwa 1 1/2 Millionen nicht gering zu schätzen ist. Es gilt daher, die Radikalisierung, zu der offensichtlich große Neigung besteht, hier ganz besonders durch Stärkung der nichtsozialistischen Organisationsmittel mit allen Mitteln aufzuhalten und zu dämpfen.

Diesem Zwecke dient die am 16. Dezember 1920 von Reichstagsabgeordneten aller bürgerlichen Parteien und vor her vorzuziehenden Persönlichkeiten des politischen, des wirtschaftlichen und des geistlichen Lebens gegründete „Reichsvereinigung Kriegerkreuz“, früher Reichsvereinigung „Heimatkampf“. Ihr Vorstand und ihr Beirat sind aus Anlage I zu ersehen. Ueber ihr Wesen und ihre Ziele gibt Anlage II Aufschluß, die infolgedessen in den Mitteilungen des Reichsverbandes der deutschen Industrie, des Zentralverbandes des deutschen Großhandels und der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände als empfehlende Notiz erschieben.

Es handelt sich hier um eine Zusammenfassung der Beteiligung der organisierten Verzeitelung und Zersplitterung der nichtsozialistischen Verbände, um Stärkung und Förderung der Hauptleistungsmomente einer Organisation, der Masse und der Qualität der Arbeit bei dem größten der nichtsozialistischen, auch in Arbeitnehmertreuen weit verbreiteten Kriegesopferverbände, dem Zentralverband deutscher Kriegesbeschädigter und Hinterbliebener“, um die Fernhaltung radikaler Einflüsse durch besonders sorgfältige Interessensvertretung, Besinnungserregung und wirtschaftliche Auffklärung in Wort und Schrift und Bild und endlich um Erziehung und Heranziehung der Kriegesopfer zur Arbeit.

Die Reichsvereinigung Kriegerkreuz ist keine Organisation, sondern eine Arbeits- und Vermittlungsstelle; die außerhalb der Organisationen steht und über eigene Mittel verfügen muß, um sich frei von allen herrschenden Strömungen zur Geltung bringen zu können. Große Organisationen, wie z. B. der Reichsbürgerrat, der Reichslandbund, die nichtsozialistischen Arbeiterorganisationen und die nichtsozialistischen Parteien haben ihren organisatorischen Apparat und ihre Organe für breite Volksschichten zur Verfügung gestellt. So daß es möglich ist, auf breite Volksschichten zu wirken und gleichzeitig das Geld für eine eigene Organisation zu sparen.

Unsere Bestrebungen und unsere Arbeiten haben in weitesten Kreisen großes Interesse gefunden, so haben z. B. Banken und Industrieunternehmen, Institute, Verbände jeder Art, Einzelunternehmen und Personen schon namhafte Beiträge zur Verfügung gestellt. Großbanken und Industrieunternehmen 15 bis 25 000 Mk., Institute 3 bis 10 000 Mk., Einzelunternehmungen und private 1000 bis 5000 Mark.

Unter anderen können Auskünfte über unsere Bewegung erteilen: die Ausland- u. m. b. S., Berlin W., Viktoriapl. 30 (Herr Fregattenkapitän a. D. Mann), die Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände, Hohlesta-Allee 19, Herr Direktor Michaelowski von der Deutschen Bank, Herr Dr. von Bieler von der Diskontogesellschaft Berlin, Herr Geh. Regierungsrat von Kling, Direktor der Zentralbodenkredit-G., der Verein deutscher Eisen- und Stahlindustrieller (Herr Dr. Reicher oder Herr Steinbrinck), Herr Dr. Böring und Herr Dr. Sorge vom Reichsverband der deutschen Industrie, Herr Geh. Rat Prof. Dr. Rieher oder Herr Dr. Fernstein vom Zentralverband des Bank- und Bankiergewerbes, Herr Geh. Kommerzienrat Dr. Rabenée (Zentralverband des deutschen Großhandels), Herr Heinrich Grünfeldt Hauptvereinigter des deutschen Einzelhandels).

Wir würden Ihnen, sehr geehrter Herr, zu besonderem Dank verpflichtet, wenn Sie oder Ihr Wert bezw. Institut für unsere Interessen eintreten und eine ideale und materielle Unterstützung unserer Bestrebungen uns angedeihen lassen wollten. Zur weiteren Auffklärung stehen wir gerne zur Verfügung.

In der Hoffnung, auf Ihre freundliche Unterstützung unserer guten Sache rechnen zu dürfen, zeichnen wir mit vorzüglicher Hochachtung die: Geh. Fregattenkapitän a. D. Reicher, Generalsekretär.“

Dr. Reichsvereinigung Kriegerkreuz ist eine Schöpfung des unter christlich-nationaler Führung stehenden Zentralverbandes deutscher Kriegesbeschädigter und Kriegeshinterbliebener“. Dieser Beteiligter, nicht ein Streikführer auf den christlich-nationalen Plunder, welcher der Industrie Kriegesopfer zum Kauf anbietet.

Alle diese Vorgänge sind zu beachten. Es zeigt sich immer deutlicher, daß sich das bürokratische Element von den christlichen Gewerkschaften bis zu den Deutschnationalen zusammenfügt zum Kampfe gegen die freien Gewerkschaften. Erhärtet wird dieses durch die neuerdings eingeführte Verdrängung der freien Gewerkschaften als sozialdemokratische. Darin liegt eine Empfehlung der Christen an die Reaktion. Die Dinge müssen beobachtet werden.

### 25 Jahre freigewerkschaftliche Angekettetenbewegung.

Der Zentralverband der Angeketteten, die führende Gewerkschaft in der modernen Angestelltenbewegung, begeht am 7. Juni sein 25jähriges Jubiläum. Aus kleinen Anfängen heraus ist er durch intensiven Arbeit die Sanftmütigen bis zu dem geworden, was er heute ist. Der Boden, den die Angestelltenbewegung zu beackern hatte, war immer als der, den die Arbeiterbewegung zu beackern hatte. Vor dem Kriege galt es als etwas ganz Besonderes, dem Zentralverband der Sanftmütigen oder dem Verband der Bureauangestellten anzugehören. Sie erstrahlen aber nicht der Genuß der Reichs- und Staatsbedienen, sondern lagen in ihrem Kampfe mit denselben. Das Gros der Angestellten hatte noch nicht erkannt, daß nur durch eine geschlossene, feste Organisation die Lebenslage der eigenen Klasse gehoben und menschenwürdiger Zustände geschaffen werden können. Auf dem Gebiete der Sozialpolitik ist auch der Zentralverband der Sanftmütigen und der Verband der Bureauangestellten, wie sie beide bis zur Verdrängung im Jahre 1919 hießen, hervorgetreten. Der Zentralverband der Sanftmütigen war der erste Vertreter der Sonntagruhe und die Kampfe, die im Jahre 1908 für die Einführung der Sonntagruhe geführt wurden, haben bewiesen, daß der Verband auf dem richtigen

Wege war. Die ersten Kaufmannsgerichtswahlen brachten dem Zentralverband schon einen hervorragenden Erfolg. In der Öffentlichkeit vertraute sich so leicht niemand zu sagen, daß er uns angehöre. Das Unternehmertum in Gemeinschaft mit den Harmonieverbänden hatte ein wachsendes Auge, welches Verbänden ihre Angelegenheiten angehört. Wenn heute der D. S. V. vom Terror der Unternehmer gegen seine Mitglieder vor dem Erlaß erzählt, so gehört das ins Reich der Märchen. Die Harmonieverbände waren immer tief im Blick der Unternehmer und wehe dem Angestellten, der dem „roten“ Zentralverband angehörte. Die Zeiten haben sich geändert und heute, nach 25 Jahren, können wir mit Stolz auf die geleistete Arbeit zurückblicken. Heute markiert die freie Arbeiterbewegung und ist zu einem achtunggebietenden Faktor in der modernen Arbeiterbewegung geworden.

Aus Anlaß des Jubiläums wurde vom Verbandsvorstand eine reichhaltige Festschrift herausgegeben. Sie enthält Beiträge von führenden Kollegen des Verbandes und gibt Aufschluß über die bisherige Entwicklung, die der Zentralverband der Angestellten genommen hat.

Das große, moderne Geschäftshaus in Berlin, mit seinen neuzeitlichen, in allen Mitteln der modernen Technik ausgestatteten Büroräumen, kann man als musterhaft bezeichnen. Der ganze Verwaltungsapparat ist kaufmännisch durchgearbeitet und man müßte nur einmal Gelegenheit haben, einige Stunden in diesem Bureau zu verweilen, damit man auch einen Überblick über die Arbeit bekommt, die diese moderne Gewerkschaft zu leisten hat.

Neben der Jubiläumsschrift sind wirkungsvolle Postkarten in Tiefdruck und Kampfmotoren in künstlerischem Farbendruck in Serien zu 10 Mark hergestellt worden. Auch eine Jubiläumsnadel wird herausgegeben und sie wird sicher mit Stolz getragen werden, gilt sie doch als Symbol für die Stärke des Verbandes.

Die Arbeiter- und Angestelltenvereine haben in den letzten Jahren zur Genüge bewiesen, daß sie sehr oft gemeinsame Interessen zu vertreten haben. Durch geeinte Kraft ist es gelungen, für beide Kategorien auf dem Gebiete der Sozialpolitik und in Lohn- und Tarifkämpfen das Möglichste herauszuholen. Wäge das innige Band, das zwischen den Hand- und Kopfarbeitern besteht, weiter gefestigt werden. Der Zentralverband der Angestellten ist die alleinige Organisation, die die Interessen der Handlungsgehilfen und Bureauangestellten voll und ganz vertritt und die nicht durch Rücksichtnahme auf Arbeitgebermitglieder geteilt wird.

Wir wünschen der freien Angestelltenbewegung, besonders dem Zentralverband der Angestellten, für die Zukunft ein weiteres Blühen und Gedeihen, zu Nutz und Frommen der ganzen Arbeitnehmerklasse.

### Der Verband der Fabrikarbeiter im Jahre 1921.

Wohl keine der dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund angeschlossenen Organisationen hat innerhalb ihres Verbandsgebietes so verschiedene und weitverzweigte Arbeit zu verrichten als dieser Verband. Nicht nur, daß seine Mitgliederzahl ihm zur zweitgrößten gewerkschaftlichen Arbeiterorganisation Deutschlands erhoben hat, was naturgemäß eine genaue Arbeitsleistung bedingt, sondern die ihm zugehörigen Industriezweige erfordern eine Interessengruppenarbeit für die betreffenden Arbeiter, die ein tiefgehendes Wissen auf den in Frage kommenden Gebieten voraussetzt. Der Verband der Fabrikarbeiter hat in ausdauernder und schwieriger Arbeit die Arbeiterschaft in seinem Verbandsgebiet für die Gewerkschaftsbewegung reif gemacht und seit reiflich organisiert, er hat bei den in Frage kommenden Industriezweigen Tarife zur Einführung gebracht, die den Arbeitern und Arbeiterinnen Arbeitsbedingungen gebracht haben, die denen anderer Berufs- oder Industriezweige nicht nachstehen. Aus kleinster Anfängen heraus hat es der Verband zu einer achtunggebietenden Organisation gebracht, mit der das Unternehmertum als mit einer Macht zu rechnen gestungen ist.

Das Geschäftsjahr 1921 ist ein für den Verband erfolgreiches und fruchtbringendes gewesen. Die Mitgliederzahl erhöhte sich um 37 061 und erreichte damit einen Stand von 681 971. Das bedeutet gegen das Vorjahr eine Zunahme von 5,75 v. S. Von den 681 971 Mitgliedern sind 493 229 = 72,33 v. S. männlichen und 188 742 = 27,67 v. S. weiblichen Geschlechts. Zahlstellen hatte der Verband am Jahresabschluß 624 in 16 Gauen. Eine große Anzahl von Mitgliedern, nämlich 70 275, trat infolge Arbeitswechsels zu anderen Gewerkschaften über, während 68 579 aus anderen Verbänden zum Verband der Fabrikarbeiter kamen.

Das Vermögen des Verbandes vermehrte sich um rund 17 400 000 Mark und betrug am 31. Dezember 1921 rund 96 121 000 Mark. Das entspricht einer Vermögenszunahme von 24,6 v. S. Die Gesamteinnahme der Hauptkassen erreichte die Summe von 70 700 000 Mark, die Gesamtausgabe rund 53 900 000 Mark. Davon wurden verausgabt für: Streikunterstützung 15 605 991 Mark, für Beschäftigtenunterstützung 74 787 Mark, für Krankenunterstützung 5 672 616 Mark, für Arbeitslosenunterstützung 4 168 835 Mark, für Reiseunterstützung 32 070 Mark, für Limousinengebühren 73 188 Mark, für Notlagenunterstützung 349 889 Mark, für Sterbegeld 625 224 Mark, für Rechtschutz 128 411 Mark. Diese Summen zusammen genommen ergeben eine Ausgabe für die oben genannten Unterhaltungen in der Höhe von über 26 1/2 Millionen Mark. Das sind rund 16 Mill. Mark mehr als im Jahre 1920.

## Internationale Rundschau.

### Kohlenmangel in Amerika.

Die amerikanischen Bergarbeiter haben den Kohlenstreik infolgedessen in einem sehr unglücklichen Zeitpunkt begonnen, da in den Gruben noch große Vorräte aufgestockt sind, die nach den Schätzungen für zwei Monate reichen. So kam es ganz unerwartet, daß infolge des Streiks Kohlenmangel entstanden ist, der besonders die Stahlindustrie getroffen hat. Dies wurde durch zwei Umstände verursacht. Bei der Einschätzung der Vorräte rechnete man damit, daß die nichtorganisierten Bergarbeiter weiter arbeiten und einen Teil der Produktion versehen würden. Die Gewerkschaft der Bergarbeiter hat jedoch große Anstrengungen gemacht, um die Nichtorganisierten für den Streik und für die Organisation zu gewinnen. Dies war von Erfolg; die Nichtorganisierten sind in großen Scharen zu den Streikenden übergetreten. Hieraus ergeben sich neue Möglichkeiten der amerikanischen Bergarbeiterbewegung. Ein weiterer Umstand ist die neubelebte Konjunktur der amerikanischen Schwerindustrie. Die Erzeugung von Halbprodukten im Jahre 1921 blieb unter einem Viertel der Vorkriegsproduktion, sie ist aber gegenwärtig wieder auf der aufsteigenden Linie und beträgt bereits 70 Prozent der Vorkriegsproduktion. Infolge des Kohlenstreiks ist die Entwicklung nun aufgehalten; das Ansehen heftiger Schiffe mußte wegen Kohlenmangels unterbleiben, ja sogar mußten mehrere Schiffe ausgehoben werden. Es ist also nicht unmöglich, daß das amerikanische Bankkapital, das in den großen Stahlbetrieben ebenso beteiligt ist wie im Kohlenbergbau, auf die baldige Beendigung des Kohlenarbeiterstreiks hinarbeiten wird.

## Aus dem Kreise der Kameraden.

### Oberbergamtsbezirk Dortmund.

#### Johann Müller †.

Am 2. Mai hat unser Kamerad und langjähriger Zeitungsbote Johann Müller. Schon früh durch einen Betriebsunfall zum Krüppel gemacht, mußte er den Lebenskampf eines Arbeiters bis zur Höhe lernen. Durch Anstrengen der Partei und Gewerkschaftspresse suchte er mit seiner so langen Reife Zeit und Kräfte zu erneuern. Mit einer Pünktlichkeit und Pflichttreue, die beispiellos war, hat er den in Dagen dreier Jahre so verzehrenden und zertrümmerten Genossen und Kameraden die Partei- und Verbandszeitung bei Sturm und Wetter ins Haus gebracht. 35 Jahre hat er die Partei- und 25 Jahre die Verbandszeitung ausgetragen. Eherwähnte sagte man von ihm: „Nach dem alten Johann kann man die Uhr stellen.“ Man trauert um allen Sorgen aus, denn Frieden hat er, außer seiner Tätigkeit für Partei und Gewerkschaft, nicht gelanzt. Wir werden ihm ein treues Andenken bewahren und geloben, ihm an Pflichttreue für den Verband nachzustreben.

#### Schattenfellen.

Ein Kamerad schreibt: Der Gehalt der „Einheitsfront“ bricht sich in den Kreisen, in denen die Zerstückelung der Arbeitermassen besonders tief wurzelt, immer mehr Bahn. Seine Kreise sehen es sehr als ein, daß mit dem Tage, wo man zur Gründung neuer Organisationen schritt, die Macht der Arbeiter gebrochen war. Im Jahre 1919 strömten gewaltige Massen unserer Verbände zu in der Hoffnung, den rettenden Anker gefunden zu haben. Zum Teil auch mit Recht. Sie stärkter die Organisation, desto größer ihre Durchschlagskraft. Dieses hätten sich die alten Gewerkschaftler reiflich zunutze machen sollen. Aber statt dessen verfiel ein großer Teil in wunderbare Spekulationsräume. Der Kampf innerhalb der Parteien hatte völlig aufgegeben und daher ist es nicht ausbleiben, daß dieser Kampf

## Kameraden des Waldenburger Reviers!

Am 7. Juni finden die Wahlen zur Arbeitskammer für das Waldenburger Revier statt. Alle Freigewerkschaftler müssen aufmarschieren, keiner darf fehlen. Funktionäre: vor die Front! Holt die Flamen und Stämmigen herans, sorgt für Anklärung. Agitiert, werdet ihr die Linie der freien Gewerkschaften. Jede Stimme nur dieser Linie!

auch in die Gewerkschaften hineingetragen wurde. Viele unüberlegte Reden wurden gehalten, die nebenbei einen überabulanten Charakter hatten. Diese Reden wirkten denn auch besonders bei den Neugewerkschaften. Ein großer Teil schenkte diesen radikalen Worthelben Gehör und bildete die Opposition. In den Zahlstellen wurde es sehr lebhaft und die Parteipolitik wurde mehr und mehr durch die Opposition in den Vordergrund gezogen.

In § 47 unseres Statuts heißt es: „Diskussionen über parteipolitische oder religiöse Fragen sind innerhalb des Verbandes streng untersagt.“ Hier liegt das Fundament: parteipolitische oder religiöse Fragen haben mit der Gewerkschaft nichts zu tun. Dieses hätten sich die Leute der Opposition überlegen sollen. Viele neu gewonnene Mitglieder, die gewerkschaftlich nicht genug geschult waren, wandten sich wieder von uns ab und blieben unorganisiert. Der andere Teil gründete eigene Organisationen, weil nach deren Meinung unser Verband nicht Kampfororganisation genug war. Doch dieser Schritt ein grundsätzlicher war, wurde gar bald von vielen alten Gewerkschaften eingesehen. Das auch mit Recht, denn es stellte sich gar bald heraus, daß auch in der neuen Organisation die radikalen Wogen höher schlugen, als man gewöhnt ist. Aus einer Organisation wurden viele und alle diese Organisationsformen spielten sich als die tüchtigsten Kampfororganisationen auf. Aber wo lag bei diesen Organisationen der eigentliche Kampfscharakter? Ein guter Gewerkschaftler sagt es diesen Leuten auf den Kopf zu: „Bei euch macht die Mundweilheit.“ Geseht den Fall, wir würden in einen größeren Kampf hineingezogen, würden wir bei diesem mit einer großen Masse weiter kommen, als mit einem gestärkten Kampffront? Ja, wenn auch, daß wir mit letzterem am besten fahren. Die oben erwähnten Organisationen hätten nach meiner Meinung längst das Heilige gefaselt, wenn dort höhere Beiträge gezahlt würden.

Die berühmten Kampfororganisationen haben sich denn auch glücklicherweise die Zukunftsfähigkeit der Beitragslosen entpuppt. Der Beweis ist schon öfter erbracht worden. Auf Schachdamlagen, wo gemeinschaftliche Zielkontrolle abgefaßt wurde, stellte es sich heraus, daß der größte Teil derer, die sich Unkosten schimpften, schon ein Jahr keine Beiträge mehr gezahlt hatten. Aber im Schimpfen hatten diese Leute riesengroßes geleistet. Mit scharfem Blick betrachten die Arbeiter dieses Treiben und führen es mehr und mehr, daß für sie der Tag nahe liegt, wo der Reformhottent wieder angeschlagen werden darf. Dann werden die Kameraden es doppelt schwer fühlen, wie groß der Fehler war, die Arbeitermassen zu zerreißen. Dann, Kameraden, werden sich die Schwatzen bemerkt machen. Aber noch ist es nicht zu spät, die erste „Einheitsfront“ herzustellen. Ein jeder sollte sich der Schwere der Zukunft wohl bewusst sein, ein jeder organisierte Kamerad sollte nicht raufen und ruhen, bis der letzte wieder in die rechte Bahn geteilt ist. Die Erzeugnisse der letzten Jahre dürfen wir nicht wieder preisgeben, sonst wäre unsere Arbeit vergebens gewesen. Je fester die Massen zueinander stehen, je größer ist das Bollwerk gegen das Kapital. Vieles ist erreicht durch die Organisation. Unsere Urwörter glauben, ihre Selbstorganisation sei eine ewige Einrichtung, heute können wir uns diese „ewige Einrichtung“ gar nicht mehr vorstellen. Die Arbeiterschaft hat geistig eine höhere Stufe erklommen und wird und muß sich weiter entwickeln. Dann werden wir mit unseren vorfindenden Otto Hue sagen: „Wenn die Vorgeschichte der neuen Zeit heraufsteigt, kann muß sie ein Proletariat finden, das körperlich und geistig befähigt ist, die Welt Herrschaft zu übernehmen.“

### Als solche Kerle

wollen wohl die Beamten gelten, welche gegenüber den Betriebsratsmitgliedern mit gemeinem Raffinement auftreten. So gibt es auf der Unglücksinsel Mont Cenis einige, darunter auch den Führer der „Sobelman“ welche unterem Kameraden Kuder aufsetzen, um ihn wegzuekeln. Aus zahlreichen Redemendungen geht hervor, daß man in Kuder einen Mann sucht, welcher die Artikel für die „Bergarbeiter-Zeitung“ schreibt. Wie können hier erklären, daß dies nicht zutrifft, und raten der Jede, dieses Kretschlein einzustellen. Die „Bergarb.-Ztg.“ hat zwar die Rubrik „Mißstände auf den Gruben“ wegen Raumangel sehr eingeschränkt müssen. Wenn die Schlichterung jedoch nicht ausreicht, dann werden wir für Mont Cenis eine besondere ständige Rubrik einrichten. — Desgleichen meint auf Constantin VIII ein Steiger Hermann, den Kameraden M. Blome mit raffinierten Tricks Kleinigkeiten. Laßt ab, ihr Herren, euer Treiben ist sehr höchlich!

### Staatsverwalter oder nörgelnde Hohlköpfe?

Die kommunistische Presse teilt ihren Lesern eine Aeußerung Lenins mit, welche also lautet: „Die Aufgabe der Kommunisten ist es zu verstehen, daß jede letzte Röhre bei uns den kommunistischen Staat verwalteten lernt.“ Wenn Lenin dieses gesagt hat, so ist dies ein gutes Zeichen. Kein gutes Zeichen ist es jedoch, daß die deutschen Kommunisten diesen Hinweis auf Erziehung sachverständiger Staatsverwalter nach ihrer Art verstanden haben. Sie schimpfen häufig auf keine Menschen, überhaupt: arbeite mit Hilfe allerer Mittel, d. h. mit Zug und Krug. Welche Erziehungswissenschaften dabei herauskommen, beweisen die Versammlungen, wo sich nicht „erzogene Staatsverwalter“, sondern nörgelnde Hohlköpfe zeigen. Bis jetzt ist mir noch kein erzogener Kommunist begegnet, dem ich etwa die Leistung eines Werkes anerkennen würde, geschweige denn eines Staates. Das liegt daran, weil die kommunistischen Oberköpfe ebensowenig wie die moskowskischen Diktatoren Aufklärung Menschen für ihren Zukunftsstaat gebrauchen wollen. Zur Unterordnung unter eine Diktatur kann man nur Heloten gebrauchen. Deshalb stellen sie die Volksgesetze nicht auf wirtschaftliche Tatsachen, sondern auf die Phrasen ein. Hierbei ist ihnen der Sultanzustand heiliger Volksgesetze beifällig, welcher sich wieder mit der leichtverwundlichen Phrasen abgibt, die keine Gehirnanforderung kostet, als mit gegenwärtigen wirtschaftlichen Dingen.

Wir freie Gewerkschaftler hören eine solche Erziehungswissenschaft nicht leiden. Wir müssen gegen die Oberköpfe ankämpfen, selbst unter der Gefahr, daß wir vorerst Unmut dafür ernten. Die Erkenntnis kommt doch, sie muß kommen, und man wird dann die kommunistische Demagogie ebenso verlassen, wie jetzt die Erziehungsarbeit des monarchistischen Systems verflucht wird.

Das Lenin für Erfahrungen mit seinen Kommunisten gemacht hat, sagte er auf dem russischen Metallarbeiterkongress:

Wir müssen die Regierungsmaschine so gestalten, daß an der Spitze wichtiger Ämter nicht Männer stehen, die auf diesem Gebiet nichts verstehen. Unsere Kommunisten sind ja lauter prächtige Kerle, aber für die praktische Arbeit taugen sie nicht. In der Theorie ist bei uns alles so vorzüglich, daß der päpstlichste Deutsche daran seine Freude haben müßte, aber in der Praxis geht alles drunter und drüber, und niemand weiß, wofür er eigentlich verantwortlich ist. Wir haben zwar eine große Reinigung der Ämter durchgeführt. Hunderttausende von Lumpen, Dieben und Gauleinern haben wir zum Teufel gejagt. Das war gut, aber das genügt noch lange nicht. Beherrschende müssen noch bessere Schicksal erleiden. Wir brauchen ausschließlich Leute, die wirklich was leisten können und wollen. Unser gefährlichster Feind ist heute der kommunistische Redner, der auf wirtschaftliche und verwaltungsmäßige Verwaltungswissenschaften ist. Von diesem Feinde müssen wir uns und den Staat befreien. Die große bevorstehende Revolution gilt den Parteiführern, die sich auch für Administration halten. Das sind die großen Propagandisten und Agitatoren, die zwar alles niedersagen verstanden, aber unfähig sind, etwas an seine Stelle zu setzen. Ihr ganzes Tagewort besteht in der Erhebung von neuen und immer schöneren Theorien. Die Kleinart der des Alltags interessiert sie nicht, sie ihnen zu lästig und beschwerlich.

Hier in Deutschland zeigen glücklicherweise noch keine Lenin'schen Kommunisten in verantwortlichen Verwaltungswissenschaften, und wir brauchen deshalb nicht, wie Lenin, zu klagen. Aber kommunistische Redner, große Propagandisten und Agitatoren, die alle niedersagen wollen, aber unfähig sind zur geringfügigen praktischen Arbeit, haben wir ebensowenig und ebensowenig schäme wie Lenin in seinem Reich. O großer Lenin, komm auch nach Deutschland und befreie uns von diesem Schicksal! In meinem Zeit will dann christlich mit Dir über die großen Ideale des Kommunismus reden. Gubert Walter.

## Oberbergamtsbezirk Bonn.

### Mailöhne im Saarer Schiefergebiet.

Die Lohnverhandlungen mit den Unternehmern für dieses Gebiet für den Monat Mai trafen, wegen dem provozierenden Verhalten der Unternehmer, kein Resultat und deshalb mußte der paritätische Schlichtungsausschuß angerufen werden, welcher die Löhne wie folgt regelte: Vorrichtungsarbeiter, Maschinenisten, Sandwerker 135 Mark, Gewinnungsarbeiter und Spalter 125 Mark pro Schicht. Die Gewinnungsarbeiter sollen im Gebirge 10 bis 15 Prozent mehr als vorkorrespondierenden Lohnsatz verdienen. Die Schieferarbeiter erhalten pro laufenden Meter 1/3 30,50 Mark, 1/3 27,00 Mark, 1/3 24,50 Mark, 1/3 22,00 Mark, 1/3 19,50 Mark und 1/3 17,00 Mark in demselben Verhältnis wie die Spalterlöhne. Die Spalterlöhne erhöhten sich für den Monat Mai um nicht als 45 Prozent. Diese Lohnsteigerung war notwendig, weil die Löhne in diesem Gebiet geblieben sind und die Arbeitererschaft infolge des Fremdenverkehrs in der sogenannten „Wuchergasse“ besonders zu leiden hat. Die bisherige Familienzulage für die Verheirateten und Familienernährer, von 3 Mark für die Ehefrau und je unterstützungspflichtigen Familienangehörigen von 1,50 Mark pro Schicht, bleibt bestehen.

### Saargebiet.

#### Die Gegner der Saarbergarbeiter.

Seit Friedensschluß sind es die Saarbergarbeiter, welche das Interesse der Ost- und Westkapitalisten als auch ihrer Presse in Anspruch nehmen. Wegen der Frankenzahlung, ihrer Höhe und Vorteile werden die unheimlichen und bödsinnigsten Behauptungen verbreitet. Die französischen Kapitalisten verbreiteten anfänglich der Verhandlungen bei dem letzten Lohnabbau in ihrer Presse das Märchen, daß die Saarbergarbeiter Wein zu 200 Mark, die Flasche trinten und vor lauter Freude über ihr Wohlergehen aus dem Lagen und den Kabarettbesuchen nicht herauskamen. Die deutschen Kapitalisten um Sinnes & Co. ließen in der „Bergwerks-Zeitung“ eine Epistel vom Stapel, nach welcher die Bergmannszulage für die Verheirateten und Familienernährer, von 3 Mark für die Ehefrau und je unterstützungspflichtigen Familienangehörigen von 1,50 Mark pro Schicht, bleibt bestehen.

Diesen kapitalistischen Schwindelromanen steht die Tatsache gegenüber, daß die Saarbergarbeiter innerhalb eines Jahres 23 Felerfahrungen, also nur elf Monate Beschäftigung, hatten. Im gegenwärtigen Moment ist die Lage im Saarbergbau so, daß man 3000 Bergarbeiter zu entlassen beabsichtigt. Das Bestreben der Gewerkschaftsführer, Kot und Blend von Tausenden Bergarbeitern und ihren Familien abzuhalten, wird von der bürgerlichen und chauvinistischen Presse bis zum kleinsten Lokalförder durch allerlei Ungeheuerlichkeiten erschwert. Das führende rheinische Zentrum durch „Rheinische Volkszeitung“ brachte einen Artikel, welcher auch von der demokratischen „Frankfurter Zig.“ und sonstigen kapitalistischen Blättern übernommen wurde. Nach diesem Presseprodukt bleibt zu prüfen, ob Deutschland seinen im Saargebiet beschäftigten Staatsbürgern durch Aufnahme von Saararbeitern entgegenkommen soll. Es wird die Frage aufgeworfen, ob ein Allgemeininteresse vorliegt, und gellagt, daß die junge Arbeiterschaft vom Saarland, Moseltal und angrenzenden Gebieten nach dem löhnenben Saargebiet wandern würde. Um diesen Wust Schwachsinn zu machen, verleiht sie sich zu der Mär, daß ein junger Bursche bis zu 40 Fr. pro Tag oder 300 000 Mark jährlich verdienen würde.

Demgegenüber ist Tatsache, daß durch eine Ablegung von Bergarbeitern, welche außerhalb des Saargebietes wohnen und die schon seit Generationen im Saarbergbau beschäftigt sind, die Preise für Eisen, Zink, Kupfer und die Holz außerordentlich getroffen würden. Die Leute sind nicht schuld, daß die kapitalistische und militärische Eroberungsgier Grenzen gezogen, welche die bisherige Volksgemeinschaft geographisch in zwei Teile geteilt hat. Innerlich gehören und fühlen dieselben zusammen. Aber auch die Blätter, wie die „Sternzeitung“ vom 13. Mai bringen Artikel, welche als Lohn auf die Bergarbeiter der betroffenen Gebiete zu bezeichnen sind. „Die Flucht von der eigenen Scholle“ überschrieben, welche nur ein krankes Gehirn erdenken kann. Bis 40 Fr. Lohn, umgerechnet bis 1000 Mark täglich oder 24 000 Mark monatlich, werden dort errechnet. Wohlstand in Bergarbeiterfamilien, Häuser, Grundstücke und wertvolle Möbel beeinträchtigen den gesunden Sinn der Landbevölkerung. Durch Brachliegen von Ackerböden soll nach diesem Zunkerakt ein Millionenausfall der Ernterzeugnisse usw. eintreten. Es liegt an der Arbeiterschaft, ihre Gegner und Feinde in der größten Not des Proletariats, des Verkümers ihrer Arbeit, hätte, die sie ihr eigenes Heil, auf diese Art richtig kennen zu lernen. Die bürgerliche Presse, ob Zentrum, Demokraten- oder Junkerpresse, alle sind sich einig im Kampfe gegen die Bergproleten. Es ist erfreulich, daß die Staatsregierung sich um das völlerregende Gefühl der chauvinistischen Verbacher am Volkswohl nicht kümmert und die Pflicht der Hilfe, im Interesse der Menschlichkeit und des Wohlergehens der Betroffenen erfüllt. Auch im Saargebiet selbst sind die Bergarbeiter die Zielscheibe von Personen, welche über deren hohe Löhne predigen und Mißgunstgebend das Doppelte, ja drei- bis vierfache einsehen.

Um all den geschriebenen Unsinig ein für allemal zu widerlegen, set allen Verkündern der Lügenmär über die hohen Löhne der Bergarbeiter von der Kölner Zentrumspresse bis zur „Sternzeitung“ und „Wirtensfelder Zeitung“ die Wahrheit gesagt, daß noch kein Saarbergmann 40 Fr. oder nur annähernd soviel verdient hat. Der Tariflohn beträgt für Gauer im Durchschnitt 16 Fr. Von 72 000 Bergarbeitern verdienen vielleicht 2000 oder ganze 12 Prozent der Belegschaft diesen Lohn. Die anderen 88 Prozent oder 64 000 Bergarbeiter verdienen 11,25 bis 12 Fr., der größte Teil davon 12 bis 14,50 Fr.; Arbeiter unter 22 Jahren nur 6 bis 9 Bechtel dieser Höhe. Umgerechnet gibt das den vierten Teil von dem, was die arbeitsergeuerliche Presse verbreitet. Heute sind schon die Empfänger von Marktlöhnen über die Bergarbeiterlöhne zum Teil hinausgekommen. Die Gunzrüder, Schwalder und Wirtensfelder Bauern sollen einmal ihre Tagelöhner besser bezahlen (ihre Wucherpreise lassen dies zu), dann haben sie keinen Anlaß, von dem Märchen der hohen Bergarbeiterlöhne des Saargebietes zu reden, auch keine Ursache, über Abwanderung von Arbeitern, welche in ihrem Bezirk keine Beschäftigung finden, zu klagen.

In alle Bergarbeiter ergeht der Ruf: Erkennt eure Feinde, heraus mit diesen Freßerzeugnissen aus eurer Familie! Lebt die Arbeiterpresse, die mit euch fühlt, denkt und kämpft.

## Verbandsnachrichten.

Kameraden! Mit dieser Nummer ist der Beitrag für die 22. Woche (vom 28. Mai bis 3. Juni) fällig. Wir bitten alle Kameraden um pünktliche Zahlung der Beiträge.

Für den Bezirk Bochum wird am 1. Juli 1922 ein Bureaubeamter gesucht. Reflektiert wird auf eine tüchtige, rednerisch und organisatorisch befähigte Kraft. Bewerber müssen fünf Jahre Mitglied des Verbandes sein und gewerkschaftliche Erfahrungen besitzen. Dem Bewerbungsschreiben ist Lebenslauf und ein handschriftlicher Aufsatz über die Tätigkeit eines Angestellten im Verbandswesen beizufügen und bis zum 21. Juni 1922 als letzter Tag an die Bezirksleitung des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands, c. S. des Kolonnen Deppe, Kaiserstraße 22, einzuliefern. — Etwasige Zeugnisse von Handelsschulen oder dergleichen können mit beigelegt werden.

### Bühnerrevisionen.

Möhlhagen. Vom 1. bis 15. Juni. — Roman III. Vom 1. bis 15. Juni. — Samml.-Stadt. Vom 15. Juni bis 10. Juli.

### Abwesenänderungen.

Möhlhagen. Der Kassierer Koloff wohnt Friedensstraße 22; bafelst wird auch das Krankengeld ausgezahlt.

### Knabbschaftsältestenkommission Dortmund.

Die Quartalsversammlung findet am Sonntag, den 11. Juni, vormittags 9 1/2 Uhr, in Luna-Rudgersborn, im Restaurant „Zum Lindenhof“, Kaiserstraße 107, statt. Nach der Versammlung: Besichtigung des Kurparks.

Kommmissionsitzung der Altestenkommission Gelsenkirchen. Sonntag, 11. Juni, vorm. 9 1/2 Uhr, bei Wredenbrüder in Auer.

Wir empfehlen unseren Mitgliedern, insbesondere den Zahlstellenbibliotheken: Ferdinand Bassalles Reden und Schriften. Gesammelte Werke. — Dreizehn Bände in halbdicker gebunden. — Herausgegeben und eingeleitet von Eduard Barnstein. — Vorkurspreis 450 Mark. Zu beziehen durch B. Hansmann & Co., Bochum, Wismelhauserstr. 38-42